



Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Markus Rinderspacher SPD**
vom 12.03.2014

Gutachten im Auftrag der Staatsregierung

Ich frage die Staatsregierung:

1. Welche Gutachten und externe Beratungsaufträge hat die Staatsregierung im Einzelnen für ihre Arbeit und die Beratung nachgeordneter Behörden vom 01.09.2012 bis 31.12.2012 sowie im Jahr 2013 in Auftrag gegeben, aufgeschlüsselt nach den jeweiligen Ressorts?
2. Welche konkreten Kosten sind jeweils im Einzelnen für jedes dieser Gutachten angefallen bzw. werden noch anfallen?
3. Nach welchen fachlichen Kriterien im Detail hat die Staatsregierung den jeweilig einzelnen Gutachtenauftrag vergeben (bitte jeweils unter Angabe der Vergabeform wie Freihändiger Vergabe als Direktvergabe, Vergabe im Wettbewerb, Durchführung eines vorgelagerten Ausschreibeverfahrens, etc.)?

Antwort

der Leiterin der Bayerischen Staatskanzlei Staatsministerin für Bundesangelegenheiten und Sonderaufgaben
vom 26.05.2014

Die Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Markus Rinderspacher vom 17.03.2014 wird im Einvernehmen mit allen Ressorts wie folgt beantwortet:

1. Welche Gutachten und externe Beratungsaufträge hat die Staatsregierung im Einzelnen für ihre Arbeit und die Beratung nachgeordneter Behörden vom 01.09.2012 bis 31.12.2012 sowie im Jahr 2013 in Auftrag gegeben, aufgeschlüsselt nach den jeweiligen Ressorts?
2. Welche konkreten Kosten sind jeweils im Einzelnen für jedes dieser Gutachten angefallen bzw. werden noch anfallen?

Vorbemerkungen:

Die Vergabep Praxis der Bayerischen Staatsregierung war in der Vergangenheit bereits Gegenstand zahlreicher parlamentarischer Anfragen. Daher ist auf die in den jeweiligen Stellungnahmen der Staatsregierung auf Drs. 15/798, Drs. 15/1742, Drs. 15/4885, Drs. 15/7569, Drs. 15/10742, Drs. 16/1236, Drs. 16/4988, Drs. 16/8481, Drs. 16/8500, Drs.

16/12053 gegebenen Antworten und insbesondere auf die grundsätzlichen Anmerkungen hinzuweisen. MdL Dr. Runge hatte sich für den Betrachtungszeitraum 01.09.2012 bis 31.12.2012 mit gleichgerichteten Fragestellungen bereits an die Staatsregierung gewandt. Daher ist für diesen Zeitraum auf die Antwort der Staatsregierung in Drs. 16/16697 (Fragen 1 und 4) zu verweisen. Die Projekte der Ministerien und der Staatskanzlei sind in der Tabelle der genannten Drucksache jeweils ablesbar.

Für das Jahr 2013 (Zeitraum: 01.01.2013–31.12.2013) sind die einzelnen Vorhaben in Anlage 1 enthalten. Maßgeblich für eine Aufnahme ist der Zeitpunkt des Vertragsabschlusses.

Die Auflistung enthält die von den obersten Dienstbehörden (Staatskanzlei und Staatsministerien) unter Einbeziehung der den Ministerien unmittelbar nachgeordneten Behörden in Auftrag gegebenen Beratungen. Dabei wurden alle Aufträge aufgenommen, deren Volumen die VOL/A-Grenze von 25.000 € überschritten hat. Bei Rahmenverträgen wurden die im Betrachtungszeitraum abgerufenen Teilbeträge angesetzt.

Maßgeblich war des Weiteren, dass die Auftragsvergaben auf ein Umsteuern im Verwaltungshandeln, auf Änderungen in der Verwaltungsorganisation oder auf die Vorlage von Gesetzentwürfen zielten. Ausgenommen wurden daher Rechtsgutachten zur Vorbereitung oder Durchführung gerichtlicher Verfahren, rein wissenschaftliche Projektbegleitungen sowie Gutachten, zu deren Erstellung die Staatsregierung verpflichtet ist, wie z. B. Evaluierungen bei Förderungen mit EU-Mitteln zur Vorlage bei der EU-Kommission.

Ebenfalls nicht aufgenommen wurden Verträge, die eine externe Unterstützung bei der Erstellung bestimmter Software oder bei bestimmten Programmierarbeiten durch die von der Anfrage erfassten Stellen, sowie Verträge, die die Planung und Realisierung von konkreten Baumaßnahmen zum Gegenstand haben (Mitwirkung an der Realisierung klar umrissener technischer Projekte).

Ziel der Fragestellung ist die Bekanntgabe von vertraglich geregelten Einzelheiten zwischen der Staatsregierung und den Beratern. Damit sind die Grundrechte der Unternehmer aus Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG (Recht auf informationelle Selbstbestimmung) sowie aus Art. 14 Abs. 1 GG betroffen. Es entspricht ständiger verfassungsgerichtlicher Rechtsprechung, dass eine Preisgabe individueller Geschäftsdaten nur dann zulässig ist, wenn eine Abwägung mit dem parlamentarischen Fragerecht ein überwiegendes öffentliches Interesse ergibt. Hierzu bedarf es konkreter Anhaltspunkte, die angesichts der pauschalen Frage des Fragestellers für die Staatsregierung derzeit nicht erkennbar und einer Abwägung zugänglich sind. Grundsätzlich ist eine Offenlegung und Aufschlüsselung der Gesamtkosten auf einzelne Beraterverträge wegen des betrieblichen Datenschutzes und der schutzwürdigen Interessen der Auftragnehmer nicht zulässig.

Insgesamt sind für die in Anlage 1 genannten Aufträge Gesamtkosten in Höhe von 30,122 Mio. € entstanden.

3. Nach welchen fachlichen Kriterien im Detail hat die Staatsregierung den jeweilig einzelnen Gutachtenauftrag vergeben (bitte jeweils unter Angabe der Vergabeform wie Freihändiger Vergabe als Direktvergabe, Vergabe im Wettbewerb, Durchführung eines vorgelagerten Ausschreibeverfahrens, etc.)?

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass bei einer Freihändigen Vergabe ein öffentlicher Teilnahmewettbewerb nicht zwingend vorgeschrieben ist; die Zweckmäßigkeit ist im Einzelfall zu prüfen. Der Hinweis auf die Durchführung einer Freihändigen Vergabe schließt nicht aus, dass ein öffentlicher Teilnahmewettbewerb oder eine andere Markterkundung vorausgegangen ist, oder dass Vergleichsangebote eingeholt worden sind.

§ 3 VOL/A nennt für Aufträge unterhalb des Schwellenwerts von 200.000 € (im Jahr 2013) drei Verfahrensarten,

nämlich die Öffentliche Ausschreibung, die Beschränkte Ausschreibung und die Freihändige Vergabe. Bei Aufträgen über dem Schwellenwert entsprechen diesen Vergabearten nach § 3 EG VOL/A das offene Verfahren, das nicht offene Verfahren und das Verhandlungsverfahren. Daher wurden folgende Kategorien gebildet:

- Öffentliche Ausschreibung/offenes Verfahren
- Beschränkte Ausschreibung/nicht offenes Verfahren
- Freihändige Vergabe/Verhandlungsverfahren

Die o. g. Aufträge wurden wie folgt vergeben:

	Öfftl. Ausschreibung/ offenes Verfahren	Beschränkte Ausschreibung/ Nicht offenes Verfahren	Freihändige Vergabe/ Verhandlungsverfahren
Summe:	6	3	57

Antwortbeitrag zu den Fragen 1 und 2 der Schriftlichen Anfrage MdL Rinderspacher: Gutachten im Auftrag der Staatsregierung

Lfd. Nr.	Titel/Gegenstand	Auftragnehmer (Name/Ort)	Ressort/Behörde
01	Digitalfunk BOS; Beratungs- und Unterstützungsleistungen Controlling	ESG Consulting GmbH, Fürstenfeldbruck	StMI
02	Digitalfunk BOS; Beratungs- und Unterstützungsleistungen Technik	IABG Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft mbH, Ottobrunn	StMI
03	Digitalfunk BOS; Beratungs- und Unterstützungsleistungen Projektsteuerung	quattron management consulting GmbH, Bamberg	StMI
04	Beauftragung eines Spezialisten mit der Messinfrastruktur für das Bayerische Behördennetz	TU München – Lehrstuhl Informatik VIIIITU München	StMI
05	Evaluierung des Stellenbedarfs für den technischen Betrieb des im Freistaat Bayern eingesetzten Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystems im Rechenzentrum Süd	Dr. Peter Röthig, WiBE-TEAM-PR	StMI
06	Unterstützung bei der Erstellung einer Leistungsbeschreibung und Bewertungsmatrix für die geplante Ausschreibung zur Erstellung einer Sicherheitskonzeption nach IT-Grundsatz für den Verbund eAkte im Rechenzentrum Süd	Controlware GmbH Kommunikationssysteme	StMI
07	Erstellung einer Sicherheitskonzeption nach IT-Grundsatz für den Verbund eAkte im Rechenzentrum Süd	Steria Mummert Consulting AG	StMI
08	Fortentwicklung und Verbesserung des Behördenwegweisers – Unterstützung Redaktionsarbeit im Kontext Leika und Lebenslagen	net-value GmbH & Co KG Wien	StMI
09	Machbarkeitsstudie Pünktlichkeit (Bayer. Eisenbahngesellschaft mbH)	KCW GmbH, Berlin	StMI
10	Juristische Beratung im Rahmen des Projekts „Versorgung der Bayerischen Polizei und Justiz mit Dienstkleidung“	Beiten Burkhardt, Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Nürnberg	StMI / Präsidium der Bayer. Bereitschaftspolizei
11	Digitalfunk BOS; juristische Beratungsleistung für das Vergabeverfahren „Rahmenvereinbarung über Funkbesprechungstechnik für das BOS – Digitalfunknetz für die Verbände der Bayer. Polizei“	Anwaltskanzlei Bird & Bird, Düsseldorf	StMI / Bayer. Landeskriminalamt / Polizeipräsidium Oberbayern Süd
12	Digitalfunk BOS; juristische Beratungsleistung für das Vergabeverfahren „Rahmenvereinbarung über das Standort- und Facility-Management an den Standorten des BOS-Digitalfunks für die Teilnetzabschnitte Schwaben-Nord, Oberpfalz, Oberfranken und Niederbayern (Regionallos 2)“	Anwaltskanzlei Bird & Bird, Düsseldorf	StMI / Bayer. Landeskriminalamt

Lfd. Nr.	Titel/Gegenstand	Auftragnehmer (Name/Ort)	Ressort/Behörde
13	Digitalfunk BOS; Beratungs- und Unterstützungsleistungen Controlling	Fa. ESG Consulting GmbH, Fürstenfeldbruck	StMI / Bayer. Landeskriminalamt
14	Digitalfunk BOS; Beratungs- und Unterstützungsleistungen Technik und betriebliche Unterstützung	Fa. IABG, Ottobrunn	StMI / Bayer. Landeskriminalamt
15	Projekt „PEBB\$Y-Fortschreibung 2014“ – Erstellung eines Personalbedarfsberechnungssystems für die Beschäftigten bei den Gerichten der Ordentlichen Justiz und den Staatsanwaltschaften in den Bundesländern	PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (Frankfurt am Main)	Vergabe und Vertragsschluss durch Justizministerium Baden-Württemberg, finanzielle Beteiligung des Staatsministeriums der Justiz
16	Unterstützungsleistungen Einführung eGov-Suite Bayern	Fa. Fabasoft GmbH	Staatsministerium der Justiz
17	Beratungsleistungen im Projekt-, Beschaffungs- und Finanzmanagement nebst IuK-Controlling	Fa. Steria Mummert Consulting GmbH	Staatsministerium der Justiz
18	Beratungsleistungen im Projekt-, Beschaffungs- und Finanzmanagement nebst IuK-Controlling	Fa. Steria Mummert Consulting GmbH	Staatsministerium der Justiz
19	Oracle Änderungsverfahren zum bestehenden Vertrag mit der Fa. ORACLE Deutschland B. V. & Co. KG – Herstellerspezifische Unterstützung	ORACLE Deutschland B.V. & Co. KG	Oberlandesgericht München – Gemeinsame IT-Stelle der bayerischen Justiz
20	Unterstützung und Beratung bei Betriebsaufgaben im Bereich der bayerischen Justiz (und dem Betreiber RZ-Nord)	ORACLE Deutschland B.V. & Co. KG	Oberlandesgericht München – Gemeinsame IT-Stelle der bayerischen Justiz
21	Unterstützung bei der Implementierung und Inbetriebnahme der Oracle Middleware Umgebung 10g, 11, und 12c im Projekt eKP und forumSTAR	ORACLE Deutschland B.V. & Co. KG	Oberlandesgericht München – Gemeinsame IT-Stelle der bayerischen Justiz
22	Verbrauchermonitor; Durchführung der Trackingstudie „Bayerischer Verbrauchermonitor – Schwerpunkt Energie“	GfK Marktforschung Nürnberg	Staatsministerium der Justiz
23	Bayerisches Breitbandkompetenzzentrum	PricewaterhouseCoopers Corporate Finance Beratung GmbH, München	StMWi/StMF
24	Industriebericht Bayern 2013	Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH, Köln	StMWi
25	Durchführung einer Studie zur Biotechnologiebranche in Bayern	Ernst & Young GmbH, Eschborn	StMWi
26	Gutachten über E-commerce-Strategien für den mittelständischen Einzelhandel	ibi research an der Universität Regensburg GmbH, Regensburg	StMWi
27	Datenreport zu Kultur- und Kreativwirtschaft und Künstler- und Kulturberufen in Bayern	Prognos AG, Berlin	StMWi
28	Auslastungsprognose für einen neuen Konzertsaal in München	METRUM Managementberatung GmbH, München	ehem. StMWFK
29	Strategische Beratung im Zusammenhang mit der Einführung der doppelten Buchführung, der Bilanzierung und der Globalbudgetierung	arf – Gesellschaft für Organisationsentwicklung mbH	Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
30	Beratungsleistungen zur Strategieentwicklung der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg	Reichert Consulting	Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Lfd. Nr.	Titel/Gegenstand	Auftragnehmer (Name/Ort)	Ressort/Behörde
31	Organisationsberatung und Prozessoptimierung für das Prüfungswesen	HIS Hochschul-Informationen-System GmbH	Universität Würzburg
32	Begleitung Profilbildungsprozess	Rödl & Partner	Hochschule für angewandte Wissenschaften Augsburg
33	Konzeption und Umsetzung einer EU-Trennungsrechnung	KPMG AG	Hochschule für angewandte Wissenschaften Weihenstephan-Triesdorf
34	Erstellung eines Konzepts zur Neustrukturierung und Optimierung bereits definierter Marketing- und Vertriebsthemen	Anna Kleeblatt	Bayerisches Staatsschauspiel
35	Auswertungen und Kurzanalysen zum Themenbereich Arbeitsmarkt und Renten für den Bericht „Soziale Lage in Bayern 2013“	Internationales Institut für Empirische Sozialökonomie INIFES, Stadtbergen	StMAS
36	Erstellung einer Bedarfs- und Angebotsprognose zu den Ausbildungsplätzen für Altenpflegerinnen und Altenpfleger in Bayern als Grundlage für die Einführung eines Ausgleichsverfahrens i. S. § 25 Abs. 1 Altenpflegegesetz (AltPflG)	Institut für Gerontologie an der TU Dortmund, Dortmund	StMAS
37	Entwicklung und Einführung eines QM-Systems bei der Bayerischen Gewerbeaufsicht im Bereich Marktüberwachung	TÜV Rheinland Consulting GmbH, Köln	StMAS
38	Beratung bei der Umsetzung der elektronischen Akte	EITCO GmbH, Bonn	StMAS
39	Erstellung der wissenschaftlichen Untersuchung „Bundesfreiwilligendienst und Jugendfreiwilligendienst in Bayern – Länderspezifische Datenauswertung der Studie Evaluation des Gesetzes über den Bundesfreiwilligendienst (BFDG) und des Gesetzes zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten (JFDG)“	INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main	StMAS
40	Projekt: Erstellung einer interdisziplinären S3 Leitlinie Lyme- Borreliose	Universität Freiburg Prof. Sebastian Rauer TU München Prof. Heide Lore Hofmann Immanuel-Kant-Krankenhaus Berlin Prof. Andreas Krause Klinikum Bremen-Mitte Prof. Hans-Ingo Huppertz	ehem. StMUG / LGL
41	Surveillance Studie zur Inzidenz der Lyme-Borreliose in Bayern	Klinikum Dachau PD Dr. Tobis Rupprecht Klinikum der Universität München Prof. Dr. med. Hans-Walter Pfister Technische Universität München Dr. Claudia Treidl-Hoffmann und Prof. Heide Lore Hofmann	ehem. StMUG / LGL
42	Optimierung des Projektmanagements in der Wasserwirtschaft	Martin Lindhuber, Beratung und Projektmanagement	ehem. StMUG
43	Beratungsleistungen „Controlling in der bayerischen Wasserwirtschaftsverwaltung – Erstellung einer Arbeitshilfe Controlling, Aufbau Berichtswesen“	Prof. Dr. Uwe M. Seidel, Professor für Rechnungswesen und Controlling; Unternehmensberater	ehem. StMUG
44	Erstellung einer Literaturstudie zu Dokumentationsanforderungen aus pflegewissenschaftlicher, juristischer und pflegepraktischer Sicht	Institut für Qualitätssicherung in der Pflege e.V. (IQP), Haidenauplatz 1, 81667 München	StMGP

Lfd. Nr.	Titel/Gegenstand	Auftragnehmer (Name/Ort)	Ressort/Behörde
45	Bayerischer Diabetesbericht	Lose 1 und 2: Prof. Dr. Annette-Gabriele Ziegler, Helmholtz Zentrum München, Ingolstädter Landstr. 1, 85764 Neuherberg Los 3: PMV forschungsgruppe, Universität zu Köln, Herderstr. 52, 50931 Köln	StMGP/LGL
46	IT Service Management	Adesso	BayLfSt
47	Unterstützung BI Cockpit	Robotron	BayLfSt
48	Prozess Einzelarbeitsauftrag	Nterra	BayLfSt
49	Unterstützung Org-Projekt Justiz	Capgemini	BayLfSt
50	Notfallmanagement	ROG	BayLfSt
51	Erstellung Umzugskonzeption	T-Systems	BayLfSt/Justiz
52	Unterstützung Projektleitung Umzug Justiz	Computacenter	BayLfSt/Justiz
53	DL Service Desk Manager	Fujitsu	BayLfSt
54	Migration auf Simpana	Fujitsu	BayLfSt/Justiz
55	Erstellung Umzugskonzept Justiz	T-Systems	BayLfSt/Justiz
56	CA-ITSM Bebauungsplan	Fujitsu	BayLfSt
57	SOA Support	Nterra	BayLfSt
58	Elster-Betrieb Admin	Computacenter	BayLfSt
59	Coaching und Moderation Elster	EBH GmbH	BayLfSt
60	Umzugsberatung	Hermann Hofstetter F+M Beratung	Staatl. Lotterieverwaltung
61	Beratungsdienstleistung zur Netzausschreibung	Fa. DOK Systeme	Staatl. Lotterieverwaltung
62	Beratungsdienstleistung Interessenvertretung auf europäischer Ebene	Rupert Hornig	Staatl. Lotterieverwaltung
63	Rechtliche Beratung im Zusammenhang mit den Restrukturierungs- und Stabilisierungsmaßnahmen bei der BayernLB	Clifford Chance, Partnerschaftsgesellschaft München	StMFLH
64	Beratung und Unterstützung im Zusammenhang mit der Abschirmungsgarantie des Freistaates Bayern für die BayernLB	Collineo Asset Management GmbH, Dortmund	StMFLH
65	Unterstützung des Freistaates Bayern im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der BayernLB infolge des EU-Beihilfeverfahrens	Citigroup Global Market Deutschland AG, Frankfurt	StMFLH
66	Überprüfung der Sachgerechtigkeit des derzeitigen Verteilungsmodus der Gemeindefinanzschlüsselzuweisungen im bayerischen kommunalen Finanzausgleich	Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln (FiFo Köln)	StMFLH / StMI